Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 43 (1964)
Heft: 6

Artikel: Drei Programme : drei Wegweiser zum Sozialismus
Autor: Leser, Norbert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337553

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

43. JAHRGANG
JUNI 1964
HEFT 6

ROTE REVUE

DR. NORBERT LESER

Drei Programme - drei Wegweiser zum Sozialismus

Zu den Parteiprogrammen von Wien, Winterthur und Godesberg

Der Verfasser des nachstehenden Leitartikels ist dank seiner Beiträge zur Orientierung im zeitgenössischen Sozialismus weit über die Grenzen Österreichs bekannt geworden. Sein jüngst im Europaverlag erschienenes Werk «Begegnung und Auftrag» gibt uns eine klare wie überzeugende Antwort auf die Frage nach der Funktion des Sozialismus in unserer Zeit.

Angeregt durch dieses glänzende Werk, haben wir Norbert Leser gebeten, für unsere Zeitschrift einen aktuellen Beitrag zu verfassen. Wir sind unserm österreichischen Parteifreund für die prompte Erfüllung dieses Wunsches sehr zu Dank verpflichtet. *R. L.*

Es ist kein zufälliges zeitliches Zusammentreffen, sondern Ausdruck der in den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie im eigenen Wesen begründeten Notwendigkeit zur Neuorientierung und Selbstverständigung, daß in den späten Fünfzigerjahren im Rahmen mehrerer europäischen Parteien der Sozialistischen Internationale Programmdiskussionen einsetzten, die dann auch zu Niederschlägen in Form der offiziellen Parteiprogramme geführt haben. Ein Vergleich des Wiener Programmes der SPÖ vom Mai 1958 mit den im Jahre 1959 beschlossenen Programmen der Schweizer Partei (Winterthur Juni 1959) und der deutschen Sozialdemokratie (Godesberg November 1959) ist deshalb so lohnend, weil es sich bei den erwähnten Dokumenten um Stellungnahmen von drei sozialistischen Parteien handelt, die inmitten ähnlicher gesellschaftlicher Verhältnisse wirken und daher gezwungen sind, eine annähernd konvergierende Lösung der vorgefundenen Probleme zu erarbeiten. Die Erklärung der Sozialistischen Internationale, die im Juli 1951 in Frankfurt am Main beschlossen wurde, ist die gemeinsame Plattform, auf der sich die einzelnen nationalen Gebäude von Organisation und Programmatik erheben.

Der europäische Sozialismus, der Mitte des vergangenen Jahrhunderts unter dem Zwang der für einen organisatorischen Zusammenschluß der Arbeiterklasse reifen sozialen Zustände und unter dem begeisternden Antrieb des

«Kommunistischen Manifests» von Marx und Engels in die politische Arena trat, verstand sich von allem Anfang an als ein komplettes Gegenbild zur herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Die Marxsche Analyse des Kapitalismus, seiner Mechanik und der ihm innewohnenden Widersprüche mit all ihren weittragenden gesellschaftlichen Folgen, die bis zur proletarischen Revolution und dem Zusammenbruch des Kapitalismus reichen sollten, wurde mit einer geistigen Grundeinstellung des unbeschränkten Vertrauens in den Menschen und einer Ablehnung aller metaphysischen Anleihen zur Bewältigung der Lebenswirklichkeit gekoppelt, auch in diesem Falle nicht zufällig, sondern deshalb, weil man eine soziale Emanzipationsbewegung ohne eine Befreiung aus den Fesseln dessen, was man für geistige Rückständigkeit hielt, nicht als möglich ansah. So entstand in den Programmen der sozialdemokratischen Parteien die merkwürdige Einheit von Wissenschaft und politischem Messianismus, die Paarung von extremem Rationalismus mit einem unbändigen Wunschdenken.

Die weltgeschichtliche Entwicklung versetzte dieser Gesamtkonzeption schwere Schläge: die sozialistischen Parteien waren entgegen ihrer ursprünglichen Absicht und Zuversicht nicht in der Lage, den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu verhindern, ja sie erlagen im großen und ganzen dem Sturm der Kriegsbegeisterung, der über Europa hinwegbrauste. Und nach dem Ende dieses schrecklichen Weltbrandes waren die Kräfte des demokratischen Sozialismus nicht imstande, der Gesellschaft ihren Stempel aufzuprägen und das Aufkommen des rechtsradikalen Faschismus zu verhindern, der die Welt in das Abenteuer eines zweiten, noch viel schrecklicheren Weltkrieges stürzte. Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus setzte die Notwendigkeit des Neuaufbaus einer menschenwürdigen Ordnung in Europa auf die Tagesordnung. Dieser Neuaufbau aber vollzog sich in Auseinandersetzung mit dem russischen Bolschewismus, der im Gefolge des Zweiten Weltkrieges von einem Vorposten des Sozialismus im Weltmaßstab zu einer aktuellen Bedrohung der sozialistischen Parteien in Europa geworden war und die Arbeiterbewegung mit der Berufung auf gemeinsame Traditionen herausforderte.

Alle diese beunruhigenden Erfahrungen und Erscheinungen konnten nicht ohne spürbare Nachwirkungen an den sozialistischen Bewegungen vorbeigehen: wäre dies der Fall gewesen, würde es dem demokratischen Sozialismus ein schlechtes Zeugnis ausstellen, denn es gehört zum Wesen einer freiheitlichen politischen Kraft, daß sie in die Tiefe der gesellschaftlichen Probleme eindringt und um ihre Abklärung ringt. Die Frage lautete nach all den Enttäuschungen und von den ursprünglichen Vorstellungen abweichenden Entwicklungen, denen sich die Sozialdemokratie inmitten des Weltgeschehens ausgesetzt sah, ganz einfach, was vom sozialistischen Traditionsgut dem Wechsel der Zeiten standgehalten hat und was nicht. Ein bloßes mechanisches An-

knüpfen an die Traditionen von gestern und vorgestern hätte die sozialistischen Parteien auf eine Stufe mit den konservativen Kräften unserer Gesellschaft gestellt, die tatsächlich so tun, als habe sich in der Welt nichts geändert, was sie zu einer Revision ihres Standpunktes veranlassen könnte.

Ebenso falsch und naheliegend wie die Versuchung, sich mit den alten Formeln zufriedenzugeben und keine neue Standortbestimmung zu erarbeiten, ist jedoch die voreilige Schlußfolgerung, daß alles, was man in der Vergangenheit hochgehalten hat, nunmehr «überholt» und durch eine ganz andere Grundeinstellung zu ersetzen sei. Der Gefahr der Selbsterstarrung und des Ausweichens vor programmatischen Neuformulierungen ist die Sozialdemokratie entgangen, doch man kann nicht mit ebenso gutem Gewissen behaupten, daß sie auch die entgegengesetzte Gefahr der Preisgabe wertvoller Bestandteile der eigenen Tradition adäquat gebannt hätte, ja im Gegenteil: durch die Abwehr des Bolschewismus und den geschichtlichen Anschauungsunterricht, der den Visionen des Kommunistischen Manifests spottete, ist vielfach die Bereitschaft entstanden, alles preiszugeben, was an die kompromittierte Totalschau eines integralen Sozialismus erinnert.

Doch gerade das Überdenken des geschichtlichen Anschauungsunterrichtes und die Rekapitulation der Wesenselemente der sozialistischen Analyse angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Welt von heute kann und soll uns zum Bewußtsein bringen, daß die sozialistische Kritik der bestehenden Gesellschaft zwar in vielen Punkten mit falschen Voraussetzungen belastet und mit einer überspannten Zukunftserwartung verbunden war, deren Fehlschlag nicht ohne ernste Rückwirkungen auf das Bewußtsein der Sozialisten bleiben konnte, daß aber der sozialistische Grundzugang zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme nicht nur nicht widerlegt sondern glänzend bestätigt wurde. Die sozialistische Kritik am bürgerlichen Privateigentum an Produktionsmitteln hat ihre Bedeutung auch dann nicht verloren, wenn sich die sozialistischen Parteien nach dem Zuwachs an Erfahrungen durch die Keynessche Wirtschaftspolitik und das warnende Beispiel der kommunistischen Planwirtschaft nicht mehr die ursprüngliche Forderung nach gänzlicher Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu eigen machen. Aber gerade die Geschichte des Nationalsozialismus hat uns bewiesen, wie verhängnisvoll sich unkontrollierte Macht des Unternehmertums politisch auswirken kann. Hat sich auch das Instrumentarium der Beeinflussungsmöglichkeit der Wirtschaft im sozialistischen Sinne verfeinert, so ist der Ansatz und das Grundanliegen des Sozialismus doch nicht inaktuell geworden.

Wie das Programm von Winterthur in seinem «Ausblick und Ausruf» richtig feststellt, sind die Ideen und Forderungen der großen Französischen Revolution vom Liberalismus übernommen, aber nur teilweise verwirklicht worden. Ja die sozialistische Kritik führte den Nachweis, daß die liberale

Gesellschaft im Sinne von Adam Smith mit ihrer Wirtschaftsordnung im Widerspruch zu dem Grundanliegen der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit geriet. Das Ergebnis der bürgerlich-liberalen Gesellschaftsordnung war keineswegs das von einer unsichtbaren Hand gesteuerte Gemeinwohl, die Kehrseite der unbeschränkten Freiheit für die Eigentümer war vielmehr Not, Elend und Ungerechtigkeit für die große Masse der Nicht-Eigentümer. Die Sozialisten waren und sind keineswegs aus einem kollektivistischen Doktrinarismus dem Privateigentum gegenüber skeptisch eingestellt, sondern deshalb, weil die Freiheit der unbeschränkten Bestätigung dieses Eigentums dem vom Liberalismus übernommenen Ziel der individuellen menschlichen Entfaltung nicht in die Hände, sondern zuwiderarbeitete. Der österreichische Sozialist Wilhelm Ellenbogen hat diesen Zusammenhang zwischen der im Grunde liberalen Wesensschau des Sozialismus und dem Ensemble der gesellschaftlichen Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung treffend mit dem Terminus «Kollektivindividualismus» umschrieben, der zunächst einen Widerspruch in sich zu schließen scheint, in Wahrheit aber gerade das mit vollendeter Deutlichkeit zum Ausdruck bringt, worauf es dem Sozialismus heute nach wie vor ankommt: die menschliche Emanzipation durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen, da der bloße Appell an die individuelle Gesinnung bekanntlich immer versagt hat und deshalb versagen mußte, weil der Mensch durch die gesellschaftliche Rahmenordnung seines Daseins entscheidende Antriebe empfängt. Der Sozialismus hat den Freiheitsgedanken der Französischen Revolution durch den Gleichheitsgedanken korrigiert, der vom Bürgertum nur im Bereich des öffentlichen Rechtes, nicht aber in der Wirtschaft verwirklicht worden war. In dem Augenblick, in dem die weitere Verfolgung des Gleichheitsgedankens in Widerspruch zu den Privilegien des Bürgertums geriet, wurde dieser fallengelassen und zugunsten einer «Freiheit» zurückgedrängt, die sich bei näherem Zusehen als eine Form der gesellschaftlichen Willkür darstellte. Der Sozialismus nun nahm das fallengelassene Banner der Gleichheit auf, ohne deshalb den Freiheitsgedanken zu vernachlässigen, ja im Gegenteil, um ihm eine sinnvolle gesellschaftliche Ausrichtung und Konkretisierung zu geben.

Wenn man die Unterordnung der Wirtschaft unter Rücksichten des Gemeinwohls und ihre Führung in öffentlicher Verantwortung sowie die stärkere Betonung des Gleichheitsgedankens als Grundelemente sozialistischer Gesellschaftsgestaltung heranzieht und der gesellschaftlichen Wirklichkeit der in Frage kommenden Länder gegenüberstellt, wird man einerseits zum Schluß kommen, daß sich diese Tendenzen in erstaunlichem Maße durchgesetzt haben und auch von den anderen politischen Kräften heute nicht mehr grundsätzlich negiert werden können, daß es aber nach wie vor Aufgabe des Sozialismus bleibt, vorantreibend in diese Richtung zu wirken. Zur Steuerung gesellschaft-

licher Vorgänge aber bedarf es eines Zielbegriffes, der als Orientierungspunkt dient und den einzelnen Maßnahmen die Koordinationsmöglichkeit gibt.

Daher hat das Wiener Programm der SPÖ trotz allen Bedenken und aller Kritik am historischen Inhalt des Begriffes an der Zielvorstellung der «klassenlosen Gesellschaft» festgehalten. Eine solche Gesellschaft ist nicht notwendig mit einem Zustand völliger Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln identisch, das nach der klassischen marxistischen Auffassung die Demarkationslinie der Klassen in der Gesellschaft bildet, sondern soll einen Zustand ausmachen, in dem die verschiedene Stellung der Menschen im Produktionsprozeß nicht mehr das Kriterium ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten und ihrer Beurteilung ist. Ein solcher Prozeß der Ausklammerung immer weiterer Bereiche menschlicher Bedürfnisbefriedigung aus dem Mechanismus der differenzierenden Klassengesellschaft ist allerdings nur dann wenigstens annähernd erfolgversprechend, wenn er von einer egalisierenden Eigentums- und Verteilungspolitik und einer Ausdehnung gemeinwirtschaftlicher Formen und Einflüsse begleitet wird und im Zuge dieses Transformationsprozesses auch einen Gesinnungswandel der Menschen herbeiführt, die dazu erzogen werden sollen, in der Wirtschaft nicht ausschließlich eine Veranstaltung zur Befriedigung des Profitstrebens zu erblicken. Dazu heißt es im Wiener Programm der SPÖ: «Daher kämpfen die Sozialisten gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung durch politische Gewaltherrschaft und privatwirtschaftliche oder staatskapitalistische Macht. Sie wollen die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt.»

Auch das Programm von Winterthur stellt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Gesellschaftspolitik des Sozialismus, die den Menschen von wirtschaftlicher Ausbeutung zu befreien hat, und der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit her. Das Programm wendet sich in seinen Einleitungssätzen gegen Benachteiligung durch Vorrechte und läßt damit den egalitären Grundzug des Sozialismus anklingen, den Ferdinand Lassalle schon vor nunmehr hundert Jahren in die Worte gekleidet hat: «Seit langem schon geht der Atemzug der Geschichte auf die immer steigende Abschaffung von Privilegien.» Auch der erste Satz des zweiten Absatzes der Einleitung läßt an sozialistischer Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: «Eine auf der Vorherrschaft des Kapitals beruhende Wirtschaftsordnung ist nicht in der Lage, dem gesamten Volk auf die Dauer Wohlstand und kulturellen Aufstieg zu sichern.»

Der Satz des Winterthurer Programms «Aller wirtschaftliche Erfolg beruht auf menschlicher Arbeit» ist ein gutes Beispiel dafür, daß eine Forderung auch dann ihre politische Relevanz behält, wenn ihre historische Begründung und Einkleidung hinfällig geworden ist. Dieser Satz ist sicher nicht als Be-

kenntnis zur Marxschen Arbeitswertlehre gedacht, die Marx vom Liberalismus übernommen hatte, aus der er aber ganz andere gesellschaftliche Schlußfolgerungen zog. Die gesellschaftlichen Schlußfolgerungen behalten auch bei Fallenlassen der Marxschen Prämisse von der Arbeit als einzigen Produktionsfaktor viel von ihrer Gültigkeit: als politisches Regulativ muß es den gesellschaftlichen Bemühungen der Sozialisten nach wie vor dienen, die Gesellschaft auf den arbeitenden Menschen und seine Bedürfnisse einzustellen. Wollte man die Grundhaltung des Sozialismus, die nach den Worten des Programms von Winterthur «wirtschaftliche Demokratie und Menschlichkeit» über «Technik und Profit» stellt, mit der des liberalen bürgerlichen Kapitalismus modelltheoretisch konfrontieren, so könnte man vereinfachend davon sprechen, daß der Kapitalismus von der profitbezogenen menschlichen Leistung ausgeht und sich nur in Ausnahmefällen zur sozialen Korrektur unter dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit versteht, während der Sozialismus von den Bedürfnissen der Menschen ausgeht, die Möglichkeiten ihrer Befriedigung in einer Gesellschaft der Güterknappheit zunächst einmal einigermaßen proportional reduzieren will und erst in zweiter Linie bereit ist, die profitbezogene Leistung als Korrektur seines Verteilungsprinzips zur Kenntnis nehmen. In der sozialen Realität von heute haben beide politischen Richtungen Elemente der fremden Denkweise in sich aufgenommen, so daß konvergierende Tendenzen in der gesamtgesellschaftlichen Wirkung unverkennbar sind. Trotzdem bleiben die aufgezeigten Akzentunterschiede bedeutungsvoll und gestalten die für die politischen Kräfte typische gesellschaftliche Programmatik. Der Sozialismus ist von seinem Grundkonzept her auch ein Befürworter der Planwirtschaft, die die Anarchie der kapitalistischen Produktion eindämmt. So spricht das Programm von Winterthur trotz dem Eintreten für die Gewährung eines sinnvollen Maßes wirtschaftlicher Initiativ- und Entfaltungsmöglichkeiten doch davon, daß die Wirtschaftspolitik durch die «planmäßige Lenkung auf nationaler und internationaler Ebene die Vollbeschäftigung sowie eine stetige Entwicklung der Wirtschaft bei stabilem Preisniveau anzustreben» habe.

Und im Wiener Programm der SPÖ heißt es ausdrücklich, daß eine sozialistische Wirtschaft «langfristige Planung» voraussetzt. Daß Mißtrauen gegen den Staat, das für das neoliberal-konservative Bürgertum unserer Tage charakteristisch ist, ist dem modernen Sozialismus seinem Wesen nach fremd, ja die sozialistischen Parteien handeln praktisch gemäß der Einsicht, die der spätere österreichische Staatskanzler Karl Renner schon während des Ersten Weltkrieges in den Worten zusammengefaßt hat: «Der Staat wird zum Hebel des Sozialismus werden.» Ferdinand Lassalle hat den Staat als das Mittel «der Erziehung des Menschengeschlechtes zur Freiheit» gefeiert. Im Geiste einer solchen instrumentalen Bejahung des Staates heißt es im Programm von Winterthur: «Für den Sozialdemokraten ist der Staat nicht Selbstzweck, sondern

eine Einrichtung, die im Zusammenleben der Menschen Ordnung, Gerechtigkeit und Wohlfahrt sichert. Der Staat ist um des Menschen willen da und nicht die Menschen um des Staates willen.»

Ein Satz des Programms von Winterthur verdient in diesem Zusammenhang besondere Beachtung, da er weit über den besonderen Fall, zu dem er Stellung nimmt, hinaus die Richtung sozialistischer Gesellschaftspolitik in bezug auf den Staat und seine Dienstbarmachung für die humanistischen Ziele des Sozialismus markiert: «Soweit es für die Erreichung wirtschaftlich und sozial gerechter Verhältnisse notwendig ist, soll der Staat nicht an die Schranken der Handels- und Gewerbefreiheit gebunden sein. Diese Beschränkung der Freiheit einzelner bringt vermehrte Freiheit für alle.» Im Hinblick auf diese spezifischen Ziele des Sozialismus, die wohl zum Teil Gemeingut der Gesellschaft geworden und insoweit außer Streit gestellt worden sind, in weiten Sektoren aber nach wie vor kontroversieller Natur, wie Gesundheitswesen, Wohnbau usw. erst der Durchsetzung harren, stellt das Programm von Winterthur in seinem Ausklang fest: «Unsere Gesellschaftsordnung befindet sich, geschichtlich betrachtet, im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die sozialistischen Ziele sind aber noch lange nicht erreicht, weil der private Kapitalbesitz noch immer einen überragenden Einfluß hat und weil die Einkommen und Vermögen einer pirivilegierten Schicht ins Riesenhafte angewachsen sind. Von gleichen Chancen für alle ist noch keine Rede. Darum geht der Kampf weiter.»

Am weitesten entfernt sich das Godesberger Programm der SPD von den Formulierungen und dem Geist der sozialistischen Tradition. Es sind nicht so sehr einzelne Sätze und Wortwendungen, wie die vielfach spürbare Grundtendenz, spezifisch sozialistische Gesichtspunkte in den Hintergrund treten zu lassen, die zur Kritik und Skepsis herausfordern. Das Godesberger Programm erweckt vielfach den Eindruck, als ob die deutsche Sozialdemokratie von dem allmächtig scheinenden Bürgertum politisch und ideologisch in die Defensive gedrängt worden wäre. Die Anpassung an die neoliberale Terminologie und an den Mythos vom Segen des freien Wettbewerbes ist bekanntlich weit gediehen. Trotzdem kann man den Verfassern des Godesberger Programms, die sich zu einer ideologischen Neuorientierung entschlossen, den guten Willen nicht absprechen, den Bestand der deutschen Demokratie mit zeitgemäßen Mitteln und mit einer der Mentalität der Nachkriegsdeutschen entgegenkommenden Sprache sicherzustellen. Allerdings ist es sehr die Frage, ob dieses Sanierungswerk auf die Dauer bei einem so weitgehenden Verzicht auf die traditionellen Methoden sozialistischer Gesellschaftspolitik vom Erfolg gekrönt sein kann. Während das Wiener Programm und das Programm von Winterthur die Überführung in Gemeindeeigentum deutlich ins Auge fassen, ohne sie als Allheilmittel anzubieten, ist im Godesberger Programm zwar von der

«Bändigung der Macht der Großwirtschaft» die Rede und auch Gemeindeeigentum als ultimo ratio angeführt, jedoch erscheint die Beweislast zugunsten der öffentlichen Gewalt verkehrt, wenn es heißt: «Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.» Auch die Losung des Godesberger Programms «Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig» begibt sich in bedenkliche Nähe interessenkapitalistischer Gesellschaftsvorstellungen, für die der Unternehmer die Krone der Schöpfung darstellt, der nur im äußersten Falle einige Zacken ausgebrochen werden dürfen.

Ist das Godesberger Programm im wirtschaftspolitischen Teil eher unoriginell und defensiv, so liegt seine Stärke in der Herausarbeitung der kulturellen Aufgaben des Sozialismus in der Gegenwartsgesellschaft und in der Betonung der Rolle der Wissenschaft für die Bewältigung der politischen, menschlichen und sozialen Probleme der Industriegesellschaft. Auch der Feststellung des Godesberger Programms, daß der Sozialismus kein Religionsersatz ist, kann nur beigepflichtet werden. Allerdings ist darüber nicht zu vergessen, daß der Sozialismus zwar nicht prinzipiell gegen religiöse Mächte und Vorstellungen Stellung bezieht, aber dort im Gegensatz zu ihnen gerät, wo sie die vom Godesberger Programm mit Recht programmatisch verkündete «Freiheit des Geistes» zu beeinträchtigen suchen. Der demokratische Sozialismus betrachtet sich nicht an das atheistische und kirchenfeindliche Erbgut der Französischen Revolution und des Liberalismus, wohl aber an die liberale Abwehr geistiger Totalitätsansprüche gebunden. Deshalb führt das Wiener Programm zwar aus: «Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze. Jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein.» Es gibt aber auch unmißverständlich zu verstehen, daß es die Religionsgemeinschaft zur Vermeidung eines Konfliktes unterlassen sollen, «für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen oder in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen staatliche Mittel anzuwenden».

Der Sozialismus ist nach den Worten des Godesberger Programms eine «dauernde Aufgabe», eine Aufgabe, die die Sozialisten nur dann erfüllen können, wenn sie sich auf den bleibenden Gehalt ihrer Gesellschaftsidee besinnen und sie in ständiger Auseinandersetzung mit den konservativen Kräften unserer Gesellschaft zum herrschenden Prinzip der Lebensordnung machen.